

Polen

Kai-Olaf Lang

Die polnischen Parlamentswahlen vom 21. Oktober 2007 hatten einen Regierungswechsel zur Folge. Der bisherige Premierminister Jarosaw Kaczyński und seine nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) mussten in die Opposition, an ihre Stelle trat der Wahlsieger, die gemäßigt konservative Bürgerplattform (PO), die zusammen mit der Bauernpartei (PSL) eine Koalition bildete. In deutlicher Abgrenzung gegenüber seinem in der EU im Abseits stehenden Vorgänger schrieb sich der im November ins Amt gekommene Regierungschef Donald Tusk einen außen- und europapolitischen Neuanfang auf die Fahnen. Im Verhältnis zu Deutschland signalisierte man, dass historische Konfliktfragen, wie etwa das strittige „sichtbare Zeichen“ zum Thema Vertreibung, die bilaterale und europapolitische Zusammenarbeit beider Länder nicht blockieren würden. Im Umgang mit Russland wollte man die Differenzen aufgrund eines russischen Embargos gegenüber polnischen landwirtschaftlichen Produkten ausräumen. Gegenüber den USA trat eine nüchterne Interessenpolitik und ein dezidiertes Bekenntnis zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Dimension der Europäischen Union an die Stelle einer „USA-first“-Politik in sicherheitspolitischen und strategischen Fragen. Vor allem aber in der Europapolitik wollte Tusk ein neues Kapitel aufschlagen. Bei seinem ersten Brüssel-Besuch erklärte Tusk denn auch, Polen sei willens, wieder „Mitverantwortung für kreatives Handeln in der Union“ zu übernehmen.¹ Bereits in seiner Regierungserklärung hatte Tusk zu erkennen gegeben, dass er mit der eng an polnischen Belangen orientierten Linie der PiS-Regierungen brechen würde. Die weitere Vertiefung *und* Erweiterung der Union, so Tusk unmissverständlich, liege auch im vitalen Interesse Polens.² Eine diplomatische Offensive mit Visiten in mehreren europäischen Hauptstädten, rasche symbolische Schritte, wie die Rücknahme des polnischen Neins zur Einführung eines europäischen Tages gegen die Todesstrafe,³ und ein Bekenntnis zum neuen Grundlagenvertrag der EU waren erste praktische Schritte, mit denen die polnische Regierung ihre proeuropäische Haltung unterstreichen wollte.

Streit um die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags

Gerade im Zusammenhang mit Tusks Absicht, das Grundlagendokument schnellstmöglich zu ratifizieren, wurden aber auch schnell Grenzen sichtbar, an die die neue Regierung stößt.⁴ Denn mit der PiS als stärkster Oppositionspartei und Lech Kaczyński in der Funktion des Staatspräsidenten, trifft man immer wieder auf eine Abwehrfront, die Tusk und seinen Weggefährten gerade in außen- und europapolitischen Fragen das Leben schwer macht.

1 Tusk ciepło witany w Brukseli, Rzeczpospolita, 5.12.2007.

2 Exposé premiera Donalda Tuska, 23.11.2007, www.kprm.gov.pl.

3 Nie wetuujemy Dnia przeciw Karze śmierci, Rzeczpospolita, 7.12.2007.

4 Tusk erklärte zunächst, Polen solle den Vertrag als erstes Mitgliedsland ratifizieren, sprach dann aber davon, man wolle unter den ersten Ländern sein; Winning Polish party plans EU treaty ratification, IHT, 22.10.2007; Tusk na szczycie wyszehradzkim, Rzeczpospolita, 11.12.2007.

Der neue Regierungschef Tusk war sich in diesem Zusammenhang bewusst, dass er angesichts der verfassungsrechtlichen Situation auf die Unterstützung der PiS angewiesen sein würde. Denn zum einen bedarf es zur Ratifizierung der Unterschrift des Staatspräsidenten. Zum anderen müssen – sofern nicht der Weg eines Referendums beschritten werden soll – Zwei-Drittel-Mehrheiten in den beiden Kammern des Parlaments, in Sejm und Senat, für ein diesbezügliches Zustimmungsgesetz gesichert sein. Selbst mit den Stimmen der europafreundlichen Linken verfügt die Regierungskoalition aus Bürgerplattform und Bauernpartei aber nicht über die entsprechende Anzahl von Sitzen im Sejm.⁵

Tusk nahm daher rasch von früheren Aussagen Abstand, denen zufolge er doch für eine Übernahme der Grundrechtecharta eintreten werde.⁶ Schon in seiner Regierungserklärung machte Tusk daher deutlich, dass er den Lissabon-Vertrag „mit Wertschätzung für die Verhandlungseffekte“ der Vorgängerregierung, also unter Einbeziehung des „britischen Protokolls“, unterzeichnen werde. Diese Haltung resultiere nicht aus Vorbehalten gegenüber den Bestimmungen der Charta, sondern weil ein sicherer Verlauf des Ratifizierungsverfahrens gewährleistet werden solle.⁷

Dennoch zeichnete sich ab, dass die Ratifizierung keine ausgemachte Sache sein würde. Obwohl die PiS den Lissabon-Vertrag als einen großen Erfolg ihrer Politiker bezeichnet hatte,⁸ durch den Polen „sehr gute Bedingungen [seiner] Mitgliedschaft“ erlangt habe, vollzog sie Anfang März 2008 einen grundlegenden Schwenk. Sie begann, ihre Zustimmung zum Lissabon-Vertrag an Bedingungen zu knüpfen, welche die von ihren Politikern ausgehandelten Ergebnisse innerpolnisch absichern sollten. So müsse festgestellt werden, dass Polen auch künftig in der EU ein souveräner Staat bleibe. Ebenso solle der von der Kaczyński-Regierung erstrittene Ioannina-Mechanismus zum Aufschub von Beschlüssen bei Mehrheitsentscheidungen sowie das Opt-Out aus der Grundrechtecharta dauerhaft fixiert werden. Dies alles solle in das für die Ratifizierung erforderliche Zustimmungsgesetz⁹ aufgenommen werden.¹⁰ Der Ton zwischen Opposition und Regierung verschärfte sich nun zusehends. Jarosław Kaczyński erklärte, seine Partei werde niemals in eine Herabstufung Polens zu einer „europäischen Wojewodschaft“ einwilligen, Premierminister Tusk wiederum bezeichnete den PiS-Vorsitzenden als Wolf im Schafspelz, der den eigens ausgehandelten Vertrag grundlos in Frage stelle.¹¹ Präsident Lech Kaczyński wiederum forderte, dass per Gesetz festgeschrieben werden müsse, dass der Verzicht auf das Ioannina-Prinzip oder auf

5 Ende Februar 2008 gestaltet sich die Zusammensetzung des Sejm wie folgt: Von den 460 Abgeordneten stellt die PO 209, die PiS 159, die LiD 53 und die PSL 31. Acht Abgeordnete gehören keiner Fraktion an. Damit verfügt die PiS auch nach den Abgängen einiger Parlamentarier rechnerisch (noch) über eine Blockademinderheit. Der Senatsfraktion der PiS gehören 38 von 100 Senatoren an.

6 Die Regierung Kaczyński hatte sich im Oktober 2007 dazu entschlossen, die auf dem Juni-Gipfel fixierte Regelung in Anspruch zu nehmen und sich dem „britischen Protokoll“ anzuschließen. Dabei wurde betont, dass man den Inhalt der Grundrechtecharta akzeptiere, jedoch sicherstellen wolle, dass in bestimmten Fragen wie „Sittlichkeit“, Familienrecht oder Menschenwürde eine selbständige Regulierung möglich sei. Auch wurde darauf hingewiesen, dass Polen eine positive Haltung gegenüber den Bestimmungen hinsichtlich sozialer Rechte einnimmt. Von PiS-Politikern wurde auch behauptet, eine vollumfängliche Übernahme der Charta verbessere die Chancen deutscher Vertriebener, bei Vermögensstreitigkeiten gegenüber Polen ihre Rechtspositionen durchzusetzen.

7 Exposé premiera Donalda Tuska, 23.11.2007, www.kprm.gov.pl.

8 So der PiS-Abgeordnete Karol Karski, ebd.

9 Das Ratifizierungsprozedere in der polnischen Verfassung verlangt, dass zunächst Parlament und Senat ein Zustimmungsgesetz zum Ratifizierungsverfahren verabschieden, welches vom Präsidenten unterschrieben wird. Anschließend unterschreibt der Präsident auf der Grundlage dieses Gesetzes den Vertrag selbst und nimmt dadurch die Ratifizierung vor.

10 PiS ma własny projekt ustawy o ratyfikacji Traktatu Lizbońskiego, Rzeczpospolita, 12.3.2008.

11 Bitwa o przyjęcie traktatu z Lizbony, Rzeczpospolita, 12.3.2008.

den Opt-Out bei der Grundrechtecharta nur mit Zustimmung des Präsidenten, der Regierung sowie des Sejms erfolgen könne.

Die verfahrene innenpolitische Situation wurde erst durch ein Treffen von Premier Tusk und Lech Kaczyński in der Präsidentenresidenz in Jurata an der Ostsee aufgebrochen.¹² Ein dort gefundener Kompromiss sieht vor, dass das Kompetenzgesetz von 2004, in welchem die Zusammenarbeit von Parlament und Senat mit der Regierung in Fragen der polnischen EU-Mitgliedschaft geregelt wird, einer grundsätzlichen Novellierung unterzogen wird. Hierdurch sollen die von der PiS angestrebte Absicherung der Verhandlungsergebnisse vor allem in Sachen Ioannina und Grundrechtecharta-Opt-Out herbeigeführt werden. Überdies fasste der Sejm einen Beschluss, in dem die meisten Forderungen der PiS nochmals aufgegriffen werden.¹³ Das Gesetz zum Ratifizierungsverfahren wurde schließlich am 1. April 2008 von beiden Kammern verabschiedet¹⁴ und am 10. April vom Präsidenten unterzeichnet.

Damit stand aber die eigentliche Ratifizierung weiterhin aus, wobei Präsident Kaczyński den schleppenden Verlauf zur Neufassung des Kompetenzgesetzes zum offensichtlich willkommenen Anlass nahm, seine Unterschrift hinauszuzögern. Der Negativausgang des irischen Referendums gab dem Staatspräsidenten dann nochmals die Möglichkeit, seine Aversionen gegen den Vertrag zu manifestieren. In einem Interview für eine polnische Tageszeitung erklärte er, werde das Dokument einstweilen nicht unterzeichnen, da es mit dem Votum der irischen Stimmbürger „gegenstandslos“ geworden sei.¹⁵ Zumindest aber wolle er warten, bis Irland „in einer souveränen Entscheidung, ohne Druck der anderen Mitgliedstaaten“ seine Meinung ändere. Das Interview rief im In- und Ausland massive Reaktionen hervor. Sowohl europäische als auch polnische Politiker riefen Kaczyński seine staatsmännischen Pflichten in Erinnerung. Im Ergebnis ließ sich der polnische Präsident zu der Aussage bewegen, Polen werde kein Hindernis für die Ratifizierung des Vertrags sein, falls Irland seine Meinung ändere.¹⁶ Allerdings machte Kaczyński zunächst keine Anstalten, das Vertragswerk zu unterzeichnen, womit Polen ein zusätzlicher Hemmschuh in einer sensiblen Phase der institutionellen Reformkrise der EU wurde.

Neuer Schwung in der Ostpolitik

Die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, darunter insbesondere die Zusammenarbeit mit der Ukraine sowie das Verhältnis zu Russland, sind weiterhin zentrale Elemente der polnischen Außen- und Europapolitik. Die Regierung Tusk unternimmt hierbei den Versuch, einen pragmatischen Ansatz gegenüber Russland mit einer profilierten Rolle in der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zu verbinden.

12 Co ustali Tusk z Kaczyńskim, *Gazeta Wyborcza*, 04.04.2008

13 So etwa die Forderungen nach einer Zweidrittel-Mehrheit für den Ausstieg aus Ioannina und Grundrechtecharta-Opt-Out; Vgl. Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 1 kwietnia 2008 r.w sprawie wyrażenia przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej zgody na ratyfikacją przez Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Traktatu z Lizbony zmieniającego Traktat o Unii Europejskiej i Traktat ustanawiający Wspólnotę Europejską, podpisanego w Lizbonie dnia 13 grudnia 2007 roku, Entschließung des Sejms der Republik Polen vom 1. April 2007 bezüglich der Zustimmung zur Ratifizierung des Lissabon-Vertrags durch den Staatspräsidenten der Republik Polen, www.sejm.gov.pl.

14 Im Sejm stimmten 384 von 452 Abgeordneten dafür (davon 89 von der PiS), 56 dagegen (alle von der PiS) und 12 enthielten sich (ebenfalls alle von der PiS). Im Senat stimmten 74 Senatoren für den Vertrag (davon 15 von der PiS), 17 dagegen (alle von der PiS) und 5 enthielten sich (Senat take za traktatem lizbońskim (Der Senat ist auch für den Vertrag von Lissabon), *Gazeta Wyborcza*, 03.04.2008).

15 Traktat jest martwy. Nie podpiszę go, *Dziennik*, 01.07.2008

16 L. Kaczyński: Polska nie ęzie przeszkodą w ratyfikacji Traktatu z Lizbony, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 04.07.2008.

Zum außenpolitischen Standardvokabular Donald Tusks gehörte es, eine Verbesserung des spannungsgeladene Verhältnisses zu Russland in Aussicht zu stellen. Polen wolle das Gespräch mit Russland, „so wie dieses eben ist“.¹⁷ Erste Gesten, wie die Aufhebung des polnischen Vetos gegen die OECD-Mitgliedschaft Russlands, die Reaktivierung der bilateralen „Regierungskommissionen für schwierige Angelegenheiten“ sowie eine kooperationsorientierte Rhetorik führten umgehend zu einer atmosphärischen Aufhellung zwischen beiden Ländern, die ihren ersten Höhepunkt in einem Besuch Donald Tusks in Moskau Anfang Februar fand.

Vor allem aber war Russland nun tatsächlich bereit, sein Embargo gegen polnische landwirtschaftliche Produkte aufzuheben. Damit war der Weg frei für ein polnisches Einlenken hinsichtlich der Gespräche zwischen der EU und Russland über einen neuen Grundlagenvertrag.¹⁸ Polen hatte das Verhandlungsmandat für ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nach Verhängung des russischen Einfuhrstopps seit Ende 2005 blockiert.

Der nüchtern-kooperative Kurs gegenüber Moskau dürfte es Polen auch erleichtert haben, eine neue Initiative für die Verdichtung der Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU zu lancieren. Zusammen mit Schweden brachte man daher Ende Mai 2008 den Vorschlag für eine „Eastern Partnership“ in die EU ein.¹⁹ Das Dokument, das im Juni von den Staats- und Regierungschefs der Union unterstützt wurde und bis Spätherbst 2008 von der Kommission konkretisiert werden soll, sieht die Schaffung einer Art östlichen Dimension der Nachbarschaftspolitik vor. Hierbei soll die bilaterale Kooperation intensiviert und zusätzlich eine multilaterale Ebene der Zusammenarbeit etabliert werden, die z.B. Sicherheitspolitik, grenzüberschreitende Kooperation oder den wirtschaftlichen Austausch forcieren würde. Aus polnischer Sicht ist die Partnerschaft für den Osten nicht zuletzt eine Antwort auf den französischen Vorstoß für eine Mittelmeerunion und eine Möglichkeit, eine Art regionale Balance zwischen südlicher und östlicher Flanke der ENP zu schaffen.²⁰

Der Kaukasus-Konflikt brachte einen zusätzlichen Schub für die Ostpartnerschaft, stieg doch in der EU seither die Bereitschaft, sich für die östliche Nachbarschaft zu engagieren. Polen selbst hatte während und nach der Krise zu den Mitgliedstaaten gehört, die eine härtere Gangart gegenüber Moskau forderten und war etwa für die Aussetzung der Gespräche über ein neues Partnerschaftsabkommen der Union mit Russland eingetreten.

Energie und Klima

Auch für die Regierung Tusk gehört die Fortentwicklung der europäischen Energiepolitik, die Etablierung neuer Mechanismen der Energiesolidarität sowie die Steigerung der Versorgungssicherheit zu den europapolitischen Prioritäten. Der Bau einer Gaspipeline durch die Ostsee ist weiterhin ein Dorn im Auge Warschaus, allerdings nahm man sich in der Kritik etwas zurück, da man einerseits darauf hofft, dass sich das Vorhaben etwa aus Kostengründen vielleicht doch von selbst erledigen könnte, andererseits auf den zunehmenden Wider-

17 Exposé premiera Donalda Tuska, 23.11.2007, www.kprm.gov.pl.

18 Allerdings bestand Polen bei der Aufhebung seines Vetos darauf, dass sich die EU in den Verhandlungen mit Russland darum bemühen werde, dass Russland ähnliche Grundsätze, wie sie in der Energiecharta enthalten sind, akzeptiere. Dies war ein weiterer Grund für Polens Widerstand gegen das Verhandlungsmandat gewesen. Vgl. UE zgadza się na solidarność energetyczną, *Gazeta Wyborcza*, 19.3.2008.

19 Polish-Swedish proposal, Eastern Partnership, 23.5.2008.

20 Polens Premier Tusk hatte mit Blick auf den Europäischen Rat im März 2008 erklärt, die Debatte um die Mittelmeerunion solle dazu genutzt werden, die Heranführung der Ukraine an die EU effizienter zu gestalten, vgl. Tusk o Ukrainie na szczycie UE, *Gazeta Wyborcza*, 13.3.2008.

stand skandinavischer Länder, konkret Schwedens, setzt, die nicht zuletzt ökologische Bedenken vorbringen. Überdies kann Warschau mit Schützenhilfe aus dem Europäischen Parlament rechnen, das zwar keine effektive Handhabe zur Torpedierung der Pipeline hat, jedoch politischen Druck aufbauen kann.²¹

Vom neuen Elan in der polnischen Europapolitik zeugt auch eine im Oktober 2008 vorgelegte polnische Initiative zur EU-Energieversorgungssicherheit. Mit Blick auf die zweite Überprüfung der EU-Energiestrategie unterbreitet die polnische Regierung darin Vorschläge zur Stärkung der Energiesolidarität und der Energieaußenpolitik der EU.

Während es sich beim Thema Energie um ein schon altbekanntes Schwerpunktfeld der polnischen Politik handelt, ist die Wucht, mit der Klimafragen plötzlich von Warschau problematisiert werden, ein neueres Phänomen. Die bereits von der Vorgängerregierung eingebrachte Klage, in der Polen die von der Kommission angeordnete Reduktion der zugeteilten CO₂-Kontingente anfecht, wurde denn auch von der Regierung Tusk aufrechterhalten. Insbesondere aber das neue EU-Klimapaket löste in Polen Ängste aus. So warnt der zu über 90% auf Kohle angewiesene polnische Elektrizitätssektor vor massiven Energiepreissteigerungen. Aber auch zahlreiche andere Industriezweige fürchten, bei den ab 2012 geplanten Versteigerungen von CO₂-Kontingenten gegenüber zahlungskräftigen Konkurrenten aus Westeuropa unter die Räder zu kommen. Daher will man ggf. einen Aufschub für die Anwendung des Auktionenhandels oder einen abgestuften Einstieg erwirken.²²

Sicherheitspolitisches Engagement in der EU

Nach dem Regierungswechsel vom Herbst 2007 machte sich in Polens Verhältnis zu den USA ein neuer Realismus breit. Hiervon zeugten insbesondere der angekündigte Rückzug polnischer Truppen aus dem Irak sowie eine harte Verhandlungslinie in den Gesprächen über die Stationierung von Elementen der amerikanischen Raketenabwehr auf polnischem Territorium. Diese Interessenpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten ging einher mit einem kräftigen Ja zur europäischen Sicherheitspolitik. Dieses manifestierte sich nicht nur – wie schon in den vorausgegangenen Jahren – in der Bereitschaft, an europäischen Stabilisierungsmissionen (wie etwa im Rahmen der EUFOR-Operation im Tschad, wohin Polen 400 Soldaten entsenden will) mitzuwirken, in Polens Beteiligung am „Battle Groups“-Konzept oder der Anfang Mai verkündeten Teilnahme am Eurokorps, sondern auch in einer Hervorhebung der ESVP (bzw. der GASP) als wichtigem, komplementär zur NATO konstruiertem Sicherheitsverbund. ESVP und NATO sollen demzufolge als zwei sich gegenseitig ergänzende Versicherungspolice für Polen verstanden werden.²³

Schengen und der Euro: Auf dem Weg in tiefere Integrationszonen

Der Beitritt zur Zone ohne Personenkontrollen von Ende 2007 wurde in Polen als bedeutender Schritt in Richtung auf eine umfassende Vollmitgliedschaft in der EU wahrgenommen. So positiv für Polens Bürger der Beitritt zu „Schengen“ an der EU-Binnengrenze empfunden wurde, so schwierig stellt sich die in diesem Zusammenhang nötig gewordene

21 Autor eines vom Europäischen Parlament angenommenen und im Petitionsausschuss lancierten kritischen Berichts zur Nordstream-Pipeline ist der polnische Europaabgeordnete Libicki; Eurodeputowani nie chcą bałtyckiej rury, *Gazeta Wyborcza*, 27.5.2008.

22 Drogi pakiet klimatyczny, *Rzeczpospolita*, 25.07.2008.

23 Informacja Ministra Spraw Zagranicznych nt. polityki zagranicznej RP w 2008 r., Grundsatzrede des Außenministers zur Außenpolitik in 2008 vom 7.5.2008, www.ms.gov.pl.

Verschärfung des Einreiseregimes an der östlichen Grenze dar. Dort kam es im ersten Quartal 2008 zu einem spürbaren Rückgang der Grenzübertritte (um 40% an den Grenzen zu Russland und Belarus, um 25% an der Grenze zur Ukraine).²⁴ Diese Problematik kam nicht überraschend, und folglich versucht Polen auch, Flexibilisierungen im Reiseverkehr zu realisieren bzw. Lockerungen im EU-Rahmen durchzusetzen. Jedoch gab es Kontroversen ob des Fehlens von bilateralen Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zum Zeitpunkt des Schengen-Beitritts – ein offensichtliches Versäumnis der Kaczyński-Regierung.²⁵ Ein solcher Vertrag wurde im Frühjahr mit der Ukraine unterzeichnet, mit Belarus und Russland werden ähnliche Regelungen angestrebt.

Als Premier Tusk im September 2008 verkündete, er wolle Polen bis 2011 Euro-reif machen, entzündete sich neuerdings die Debatte über den Beitritt zur Eurozone. Während Fachkreise den Termin für unrealistisch halten, wandte sich Präsident Kaczyński auch aus grundsätzlichen Erwägungen gegen eine rasche Übernahme der Gemeinschaftswährung, da diese zu einer Verarmung großer Teile der polnischen Gesellschaft führen würde. Auch sprach sich Kaczyński für die Abhaltung eines Referendums über den Zeitpunkt der Euro-Einführung ein. Einhelligkeit besteht darüber, dass im Vorfeld der Euro-Übernahme eine Verfassungsänderung nötig sein wird – die aber ohne Stimmen der PiS nicht möglich ist. Gleichwohl hält die Regierung am Ziel Eurozone Ende 2011/Anfang 2012 fest und strebt einen Eintritt in den Wechselkursmechanismus II für 2009 an.

Ausblick

Nach einer Periode der Konfrontation und Unberechenbarkeit unter der Regierung Kaczyński ist Polen mit Premierminister Tusk bemüht, eine aktive und sachliche Europa- und Außenpolitik zu verfolgen. Diese Neuausrichtung manifestiert sich im Versuch, einen kooperativen Haltung zu demonstrieren, das Verhältnis zum „strategischen“ Partner Deutschland ins Lot zu bringen, den Dialog mit Russland zu verstetigen und in aus polnischer Sicht zentralen Feldern europäischer Politik präsent zu sein. Mit Recht hat man in Warschau die Lancierung der Ostpartnerschaft daher auch als die vielleicht erste erfolgreich lancierte Initiative Polens in der EU wahrgenommen. Der durchaus pragmatische Ansatz der Regierung Tusk sollte jedoch nicht mit einer neuen Nachgiebigkeit verwechselt werden. Das hat weniger damit zu tun, dass Tusk und den Seinigen mit Staatspräsident Lech Kaczyński ein unangenehmer Akteur im Nacken sitzt, sondern damit, dass auch die Tusk-Equipe polnische Interessen durchsetzen will – im anderen Stil als ihre Vorgänger, aber gegebenenfalls nicht minder entschlossen in der Sache. Dazu kommt eine Öffentlichkeit, die in sensiblen Fragen wie der Restrukturierung der polnischen Werften ein entschlossenes Auftreten in Brüssel verlangt. Wenn man sich bei einigen strittigen Fragen kompromissbereit gibt, so resultiert dies auch daraus, dass man sich vorrangigen Themen zuwenden will, um die man mit vollem Engagement kämpfen wird. Dazu gehört die Klimapolitik – ein Bereich, in dem Donald Tusk im Sommer 2008 mit einer Vetokoalition drohte, falls Polens Wachstumsziele durch restriktive Emissionsbestimmungen eingeschnürt würden. Und dazu gehört auch die Diskussion um die Zukunft der EU-Finanzordnung und insbesondere der Agrarpolitik, wo Polen um die Wahrung massiver Zuflüsse streiten wird.

24 Vgl. Grzegorz Gromadzki, Olga Wasilewska: Co można zmienić w sprawie wiz? Polityka wizowa po wejściu Polski do Schengen, Analiza Fundacji Batorego, Juni 2008, www.batory.org.pl/doc/co_mozna_zmienic.pdf.

25 Vgl. Monika Trojanowska-Strzęboszewska: Reżim wizowy Schengen na granicy polsko-ukraińskiej, Instytut Spraw Publicznych, Opinie i Analizy, Nr. 83, März 2008.